



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

40. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „Klarheit in der Kohlepolitik - hat der Bergbau ungedeckte Schecks erhalten?“

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Horstmann entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

2 Geplante Verlagerung des Betriebsortes nach Tschechien der Firma Vaillant

12

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Harald Schartau entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

- 3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes** 14

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2361, 13/2363 und 13/2448

Der Ausschuss erörtert einzelne Aspekte des Haushalts in den ihn betreffenden Petitionen und verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

- 4 Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten** 15

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3285

Ausschussprotokoll 13/854

Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

- 5 Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG)** 16

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3733

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion abgelehnt.

In Verbindung damit:**Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW (Mittelstands- und Privatisierungsgesetz)** 16

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3771 (Neudruck)

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

6 Schulmüden Jugendlichen weiter Chancen auf eine Berufsausbildung geben - Programm "Betrieb und Träger" weiterführen 18

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4323
Vorlage 13/2436

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

7 Personalpolitik der RAG ab 2006 21

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Horstmann entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

8 Bei Zechenstilllegungen Gefährdungspotentiale und volkswirtschaftliche Kosten beachten - Bergwerk Walsum vorrangig schließen 23

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4485

Der Ausschuss verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

9 Modellregion OWL fördern und unterstützen

24

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4562

In Verbindung damit:**Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe
(Bürokratieabbaugesetz OWL)**

24

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4586

Der Ausschuss verständigt sich auf das weitere Verfahren. Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4562, wird zurückgezogen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) schließt sich namens seiner Fraktion dem mehrheitlich gefassten Beschluss an, weist allerdings darauf hin, dass das Verfahren unnötig verzögert werde. Alle Sachverhalte seien hinreichend bekannt. Seine Fraktion habe eine umgehende namentliche Abstimmung über den Antrag gefordert, um ein klares Votum des Landtags in die Öffentlichkeit zu senden.

9 Modellregion OWL fördern und unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4562

In Verbindung damit:

Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, die Federführung für den CDU-Antrag, Drucksache 13/4562, liege beim hiesigen Ausschuss; mitberatend seien der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform. Heute werde erstmalig über den Antrag der CDU-Fraktion und dem Gesetzentwurf der Landesregierung beraten. Auch beim Gesetzentwurf der Landesregierung sei der hiesige Ausschuss federführend. Mitberatend beteiligt seien der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, der Ausschuss für Kommunalpolitik, der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung, der Ausschuss für Arbeit, Gesund, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss für Städtebau- und Wohnungswesen.

Helga Gießelmann (SPD) wiederholt den Wunsch ihrer Fraktion, den Gesetzentwurf der Landesregierung, der sich auf einen *Model*lversuch beziehe, möglichst schnell zu realisieren. Schon vor Ablauf des auf drei Jahre ausgerichteten Versuchs könnten Vorschläge eingebracht und in allgemeines Landesrecht umgesetzt werden.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) zieht namens seiner Fraktion den CDU-Antrag zurück, da dessen letzte offene Intention - Stichwort: zügiges Beratungsverfahren - jetzt erfüllt werde. - Er bitte darum, in die Beratungen auch noch den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung einzubeziehen. Interfraktionell wolle man sich darum bemühen, das Anliegen voranzutreiben.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen wird mit den beteiligten Ausschüssen Kontakt aufnehmen, damit das Thema dort noch im Januar beraten wird. - Die kommunalen Spitzenverbände würden umgehend informiert, um sich auch noch im Januar schriftlich äußern zu können.

Abschließend weist der Vorsitzende auf die im Clubraum Lippe stattfindende Microsoft-Präsentation hin.

gez. Dr. H. Linssen

Vorsitzender

Anlage

ke/20.01.2004/22.01.2004

400



**Ministerium für
Verkehr, Energie
und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Dr. Axel Horstmann

Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen

zum TOP 6 „Personalpolitik der RAG“
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
am 10. Dezember 2003

Allgemein möchte ich zum Thema "Personalpolitik der RAG ab 2006" anmerken, dass es nicht die Aufgabe der Landesregierung sein kann, generell über dieses Kernelement der zukünftigen Unternehmensführung zu berichten. Eine personalpolitische Unternehmenskonzeption ab 2006 setzt eine konkrete und langfristige Unternehmensplanung insbesondere für den Bergbaubereich voraus. Eine solche Planung kann nur auf der Basis einer rechtsverbindlichen Steinkohleanschlussregelung ab 2006 entwickelt werden. Soweit sind wir noch nicht.

Auf einige grundsätzliche Rahmenelemente für die Personalpolitik der RAG, die sich insbesondere aus den vom Bundeskanzler festgelegten kohlepolitischen Eckpunkten einer Anschlussregelung 2006 bis 2012 ergeben, werde ich jedoch eingehen.

Grundsätzlich gilt: Die personellen Anpassungen ab 2006 müssen in der Kontinuität der Ausgestaltung des laufenden Prozesses erfolgen.

Die RAG hat seit ihrer Gründung eine heute kaum noch vorstellbare personalpolitische und personalwirtschaftliche Aufgabe bewältigt. Seit 1970 bis heute wurde das Personal um rd. 210.000 Beschäftigte auf nunmehr rd. 42.000 zurückgeführt. Entsprechend den kohlepolitischen Vorgaben wurde dieser enorme Anpassungsprozess sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen durchgeführt. Gleichzeitig wurde die Leistungsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus aufrecht erhalten.

Aus der Sicht der Landesregierung möchte ich hierzu anmerken, dass der sozialfriedlich verlaufende Anpassungsprozess im deutschen Steinkohlenbergbau eine wesentliche Voraussetzung dafür war und ist, dass sich der Strukturwandel in den Bergbaugebieten ohne wirtschaftliche und soziale Brüche vollzogen hat. Die gleitende Anpassung im Steinkohlenbergbau - als eine Resultante der Kohlepolitik - hat vielmehr den Strukturwandel positiv beeinflusst. Denn diese Entwicklung war und ist Voraussetzung dafür, dass, aufbauend auf den Potenzialen für neue Produkte und Technologien, dem Bergbau und seinem wirtschaftlichen Umfeld die Umstrukturierung ermöglicht und Beschäftigungsalternativen geschaffen wurden.

Mit den vom Bundeskanzler im Juli 2003 festgelegten kohlepolitischen Eckdaten sind auch entscheidende Rahmenseetzungen für die Personalpolitik der RAG ab 2006 vorgegeben. Der massive Anpassungsprozess wird im Steinkohlenbergbau weitergehen. Es ist ein Belegschaftsrückgang auf rd. 20.000 Beschäftigte im Jahr 2012 zu erwarten. Für die Personalpolitik der RAG bedeutet dies:

Zur Erfüllung der politischen Vorgabe der Sozialverträglichkeit ist der Einsatz aller zielführenden personalpolitischen Instrumente, vor allem die Anpassungsgeldregelung notwendig.

Der hieraus insbesondere resultierende Altersabgang von hochqualifizierten Facharbeitern im Untertagebereich - die RAG erwartet Abgänge von jährlich zwei- bis zweieinhalbtausend Mitarbeitern - muss zum Teil ersetzt werden. Das ist insofern plausibel, als bei weiterhin rückläufigen Kohlehilfepfandfonds Produktivitätsfortschritte geleistet werden müssen und die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus für einen in Abhängigkeit von künftigen politischen Entscheidungen ggfs. auch weit über 2012 hinausreichenden Zeitraum gewährleistet bleiben muss. Auf der Zeitachse werden dabei jedoch die jährlichen Übernahmen von Auszubildenden bedarfsgerecht zurückgeführt.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, dass nach Darlegung der DSK der vorgesehene Zugang von Nachwuchskräften in dem erwarteten Belegschaftsrückgang auf rd. 20.000 bereits berücksichtigt ist. Von einer Aufstockung des Personalbestandes kann daher keine Rede sein.

Ein Zusammenhang besteht hier auch zu den Leistungen der RAG bzw. der DSK bei der Ausbildung junger Leute. Im Zeitraum 2006 bis 2012 will die DSK 4.500 junge Leute ausbilden, nach den mir vorliegenden Angaben zu rund 90 % insbesondere in elektro- und maschinentechnischen Berufen und als Chemiekanten und zu 9 % als Bergmechaniker.

Die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis bei der DSK festigt durch Erwerb beruflicher Praxis die Erfolgchancen der Ausgebildeten auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.